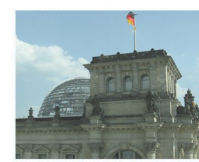




Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de

direkt gewählt - direkt erreichbar

9. Mai 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

der letzte (Wahl)Sonntag hat Zeichen gesetzt: Bei uns in Deutschland wurde Schwarz-Gelb in Schleswig-Holstein abgewählt. Die SPD hat mit Thorsten Albig fünf Prozentpunkte hinzugewonnen. Gewonnen haben auch die Grünen, die Piraten und der Südschleswigsche Wählerverband (SSW). Die Verlierer hingegen sind die CDU und vor allem die FDP mit 6,7 Punkten. Damit zeigt sich: Die Menschen in Schleswig-Holstein wollen den Wechsel. Und aus den Befragungen wissen wir, dass jeder zweite Wähler sagt, es ist Zeit, das wir uns für faire Löhne einsetzen und da vertrauen wir der SPD am meisten. 60 Prozent der Wählerinnen und Wähler sind auch der Auffassung, dass die SPD die Partei ist, die für den sozialen Ausgleich steht.

Gemeinsam mit Grünen und SSW kommt die SPD auf eine Mehrheit von 35 Sitzen im neuen Landtag. Schwarz-Gelb hingegen hat nur 28 Sitze. Thorsten Albig ist es gewohnt, mit einer knappen Mehrheit zu regieren. Er führt Kiel seit vier Jahren mit einer Ein-Stimmen-Mehrheit in einer Koalition von SPD und Grünen!

Mit der Wahl von François Hollande zum neuen französischen Präsidenten steht auch Europa vor neuen Themen und neuen Programmen. Der Sieg Hollandes wirkt weit über die Grenzen Frankreichs hinaus und weckt gerade bei der jungen Generation große Hoffnung. François Hollande vertritt die selben Ziele wie wir: Wir wollen den Fiskalpakt um einen Wachstums- und Beschäftigungspakt ergänzen, der die dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit bekämpft und die Weichen in Richtung Realwirtschaft stellt. Dazu gehört unabdingbar die Besteuerung und Regulierung der Finanzmärkte. Deshalb wollen wir die Finanztransaktionssteuer durchsetzen. Sie ist ein Schlüssel zu mehr Gerechtigkeit und zu höheren Investitionen in Bildung, in eine innovative Wirtschaft und eine moderne Infrastruktur.

Die griechischen Parlamentswahlen, bei denen die Parteien der Mitte dramatisch verloren haben und die radikalen Ränder gestärkt wurden, sind ein Warnzeichen. Die Demokratie in Athen steht vor einer beispiellosen Belastungsprobe. Ich hoffe, dass trotz der Schwierigkeiten eine Regierungsbildung gelingt und bin ganz sicher, dass es gerade für Griechenland wichtig wäre, wenn wir einen neuen Aufbruch und neue Hoffnung durch einen europäischen „New Deal“ geben könnten, der die Menschen stärkt, ihnen Wege eröffnet und der in den Aufbau von Wirtschaft und Gesellschaft investiert.

Am kommenden Sonntag, dem Muttertag, ist Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat in der Bevölkerung großes Vertrauen und ich bin zuversichtlich, dass ihr gelingt, aus der rot-grünen Minderheitsregierung eine rot-grüne Regierung zu machen, die über eine eigene Mehrheit verfügt.

Herzliche Grüße aus Berlin sendet

Hessen erneuern: Diskutieren Sie mit!

Auf hessen-erneuern.de kann ab sofort über Inhalte diskutiert werden! Die Programmkommission mit ihren elf Projektgruppen arbeitet seit Anfang des Jahres.

In den kommenden Wochen werden nun die Thesen aus allen Projektgruppen zur Diskussion gestellt:

Es geht um Bildungspolitik, Energie und Umwelt, Gute Arbeit, starke Wirtschaft und mobiles Hessen, Familienland Hessen, Soziales, Gleichstellung und Sport, Wissenschaft, Forschung und Innovation, Kultur, Medien und Netzpolitik, Mehr Demokratie, liberales und sicheres Hessen, Metropolen, Integration, Ländlicher Raum, Kommunales, Haushalt, Finanzen und Staatsmodernisierung.

Auf Bundesebene gibt es ein vergleichbares Projekt: den Zukunftsdialog: zukunftsdialog.spdfraktion.de.



Der Deutsche Alterspreis 2012 Ideen im Alter – Ideen fürs Alter

Die Robert-Bosch-Stiftung schreibt den „Deutschen Alterspreis 2012“ aus.

Preiswürdige Ideen können dabei aus allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen kommen: Ein Rentner-Blog, ein besonders altersfreundliches Unternehmen, eine vorbildliche Kommune – **kreative Projekte werden gesucht, die andere dazu inspirieren, selbst aktiv zu werden und sich für das Alter und das Bild, das wir vom Alter haben, zu engagieren.** Inhaltlich stehen die Themen Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Mobilität und Altersbilder im Mittelpunkt.

Einzelpersonen oder Gruppen können sich **bis zum 15. Juni 2012 unter www.alterspreis.de bewerben.** Alle Informationen zur Ausschreibung gibt es [hier](#) – oder auch telefonisch bei der Robert Bosch Stiftung unter: 0711 460 84 53.

Soziale Wohnraumförderung fortführen – und das Mietrecht weiterentwickeln

Am Freitag ab 11.00 Uhr wird im Bundestag ein Antrag der SPD ausführlich beraten: „Soziale Wohnraumförderung durch Bund und Länder bis 2019 fortführen“. Der soziale Wohnungsbau wurde in der ehemaligen BRD schon in den Fünfziger Jahren eingeführt. **Soziale Wohnraumförderung ermöglicht bezahlbares Wohnen auch für Menschen mit niedrigem Einkommen** – oft sind das Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Arbeitslose, Sozialhilfeberechtigte und Menschen mit Migrationshintergrund. Häufig sind auch Seniorinnen und Senioren betroffen, die auf barrierefrei umgebaute – und so eben oft auch teurere – Wohnungen angewiesen sind.

Diese Wohnraumförderung wird auf der Länderebene geregelt. Der Bund leistet dabei Kompensationszahlungen, bis zum Jahr 2013 betragen sie jährlich 518 Mio. Euro. Dieses Geld muss zweckgebunden eingesetzt werden, also in der Energiesanierung der Gebäude oder für altersgerechte und barrierefreie Umbaumaßnahmen.

In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, den Bedarf der sozialen Wohnraumförderung bis 2019 anzuerkennen und die Kompensationszahlungen nicht zu senken. Außerdem soll die Wohnraumversorgung nachhaltig gesichert werden: **Auch nach Sanierungsmaßnahmen, trotz steigenden Energiepreisen und bei Veränderungen durch den demographischen Wandel muss die Verdrängung von alteingesessenen Mietern verhindert und einzelne Wohnquartiere vor überproportional steigenden Mietpreisen geschützt werden.**

Im Verlauf der anderthalbstündigen Debatte zur sozialen Wohnraumförderung vom Freitag diskutieren wir im Parlament noch einen weiteren SPD-Antrag, der thematisch damit in Zusammenhang steht: Das Mietrecht muss weiterentwickelt werden. Das erfordern sowohl die Maßnahmen zum Klimaschutz als auch die veränderten Wohn- und Mietbedingungen. **Die energetische Gebäudesanierung ist sehr wichtig – sie darf aber nicht zu einer unverhältnismäßigen Belastung der Mieterinnen und Mieter führen.**

In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, klare Rahmenbedingungen für die Förderung der energetischen Gebäudesanierung zu formulieren. Das Mietminderungsrecht muss beibehalten werden, das soziale Mietrecht erhalten bleiben und der Mieterschutz darf nicht ausgehöhlt werden. Mieterhöhungen müssen begrenzt und eine Doppelbelastung der Mieterinnen und Mieter durch energetische Modernisierung und Mieterhöhungen vermieden werden.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
[aboutpixel/Thomas Pieruschek](#) (S. 2)
[aboutpixel/Hanna B.](#) (S. 3)

Sportgroßveranstaltungen setzen Zeichen – und verpflichten dazu, genau hinzusehen!

In einem knappen Monat, am **8. Juni**, beginnt die **Fußball-Europameisterschaft in Polen und in der Ukraine**. Ein solches großes Sportereignis bietet auch viel Potenzial für die Völkerverständigung: Sport verbindet die Menschen über Grenzen hinweg. Die Aufmerksamkeit, die der Ukraine zuteil wird, kann hoffentlich genutzt werden, um auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen und bessere Bedingungen einzufordern. In diesem Zusammenhang wird in den letzten Tagen viel über die ehemalige Ministerpräsidentin der Ukraine, Julia Timoschenko, gesprochen. Sie ist wegen angeblichen Amtsmissbrauchs zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. Die Haftbedingungen der erkrankten Oppositionsführerin sind nicht akzeptabel, sie bräuchte dringend medizinische Hilfe, die sie vor Ort nicht bekommen kann. Zudem gibt es Hinweise, dass sie misshandelt worden ist. Aus Protest gegen die Bedingungen ihrer Inhaftierung war Julia Timoschenko in einen dreiwöchigen Hungerstreik getreten. Die Ukraine hat jetzt eine in Jalta geplante Konferenz europäischer Staatschefs auf unbestimmte Zeit verschieben müssen – weil sehr viele Staatsoberhäupter ihre Reisen in die Ukraine abgesagt hatten, unter ihnen auch Bundespräsident Joachim Gauck.

Am Donnerstag Abend wird ein Antrag in den Bundestag eingebracht, den SPD und Grüne gemeinsam erarbeitet haben: **„Keine Eishockey-Weltmeisterschaft 2014 in Belarus“**. Auch hier geht es darum, dass internationale Sportwettkämpfe eine Werbemaßnahme für das sie austragende Land sind. Deshalb gibt es die Verpflichtung, genau hinzusehen, an welchen Orten man solche Veranstaltungen stattfinden lässt – auch wenn der Sport natürlich unabhängig ist. Die Entscheidung hat immer auch einen Signalwert. Das Regime in Belarus missachtet demokratische Prinzipien, Menschenrechte und rechtsstaatliche Standards. Opposition und Zivilgesellschaft werden durch willkürliche Verhaftungen, durch Misshandlung und Folter unterdrückt. Belarus ist das einzige europäische Land, das die Todesstrafe vollstreckt. Das Regime ist damit kein würdiger Gastgeber für die Eishockey-Weltmeisterschaft 2014. In unserem gemeinsamen Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich beim Deutschen Eishockey-Bund und der Internationalen Eishockey-Föderation dafür einzusetzen, dass die Vergabe der WM an Belarus zurückgenommen wird. Der Respekt vor den Opfern des brutalen Regimes gebietet das.

Bei solchen Großveranstaltungen müssen auch die gesellschaftlichen Aspekte viel stärker in den Fokus rücken. Zuletzt zeigte vor zwei Wochen **der Formel-1 Grand-Prix in Bahrain**, dass Sport nicht in einem Paralleluniversum stattfindet, sondern die politische Situation in einem Land auch für den Sport eine große Rolle spielt.